

10.12.2013

# Antrag

der Fraktion der FDP

**Zeitnah Kommission zur Entwicklung eines Lehrerjahresarbeitszeitmodells einsetzen – Lehrerverbände und bisherige Erfahrungen aus entsprechenden Modellen umfassend einbinden**

## I. Ausgangslage

Bereits die Untersuchung von Mummert & Partner aus dem Jahr 1999 hatte sehr starke Ungleichgewichtungen im Rahmen der Lehrerarbeitszeit festgestellt. Gerade Pädagogen mit Korrekturfächern, aber auch Lehrerinnen und Lehrer, die neben ihrer Unterrichtsverpflichtung in der sogenannten Systemzeit vielfältige schulische Aktivitäten wahrnehmen, werden – unabhängig von der jeweiligen Unterrichtsverpflichtung – oftmals überdurchschnittlich belastet. Die Einführung eines Lehrerarbeitszeitmodells kann einen wichtigen Beitrag leisten, um auf diese Problematik zu reagieren. Neben dem unerlässlichen Aspekt der Gerechtigkeit stellt zusätzlich zur Arbeitszeitbelastung auch der Erhalt der Gesundheit eine wichtige Frage dar. Es ist daher von großer Bedeutung, dass entsprechend bestehender Erfahrungen die Einführung eines Lehrerarbeitszeitmodells einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten kann.

In den vergangenen Jahren haben insbesondere das sogenannte „Mindener Modell“ in Nordrhein-Westfalen sowie Erfahrungen in anderen Bundesländern verdeutlicht, dass eine gerechtere Gestaltung der Arbeitsbelastung mit positiven Auswirkungen auf die Lehrergesundheit und einer Vermeidung von Unterrichtsausfall einhergehen kann – und gleichzeitig mit breiter Unterstützung an Schulen getragen wird. Offenkundig gilt es jedoch zu beachten, dass solche Lehrerjahresarbeitszeitmodelle eine hierfür qualifizierte Schulleitung voraussetzen, die der Unterrichtserteilung den unverzichtbaren Vorrang einräumt und eine angemessene Prioritätensetzung an den Schulen gewährleistet.

Auch wenn die bisherigen Erfahrungen aus Sicht vieler Beteiligten bereits jetzt ein zeitnahes Handeln erlauben würden, bestehen sowohl im politischen Raum als auch auf Seiten einiger Lehrerverbände weiterhin Vorbehalte. Daher erscheint es geboten, die unterschiedlichen Akteure zeitnah zusammenzubringen und auf Landesebene eine Kommission zur Entwicklung eines Lehrerjahresarbeitszeitmodells einzusetzen. Hierbei sollten sowohl die Lehrerverbände, Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wissenschaftliche Unterstützung als auch

Datum des Originals: 10.12.2013/Ausgegeben: 10.12.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

der Sachverstand der Akteure des sogenannten „Mindener Modells“ umfassend berücksichtigt sein.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2010 wurde angekündigt, dass die Koalition plane, eine Kommission einzusetzen, die „*ein gerechteres Lehrerarbeitszeitmodell entwickeln*“ solle. Die Einsetzung erfolgte in der 15. Legislaturperiode jedoch offenkundig nicht. Auch findet sich eine entsprechende Formulierung im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2012 nicht mehr wieder. Es ist aber von Seiten der rot-grünen Landesregierung unerlässlich, nun der eigenen ursprünglichen Ankündigung zu entsprechen und zeitnah eine Kommission einzusetzen, die das angekündigte gerechtere Lehrerarbeitszeitmodell entwickeln soll.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zeitnah eine Kommission zur Entwicklung eines Lehrerjahresarbeitszeitmodells einzuberufen,
2. hierbei Lehrerverbände, wissenschaftliche Unterstützung, Vertreter mit entsprechenden Erfahrungen aus anderen Bundesländern sowie Akteure des sogenannten „Mindener Modells“ einzubinden,
3. der Kommission einen angemessenen Zeitrahmen zur Entwicklung und Vorlage von Ergebnissen vorzugeben,
4. dem Landtag nach Abschluss der Kommissionstagung umfangreich über die Ergebnisse zu berichten,
5. auf der Basis der Ergebnisse ein Lehrerarbeitszeitmodell für die weiterführenden Schulen zu entwickeln und einzuführen,
6. hierbei vorgelagert entsprechende Fortbildungsmaßnahmen bzw. Entscheidungsstandards für die Schulleitungen sicherzustellen.

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Dr. Joachim Stamp  
Yvonne Gebauer  
Ingola Schmitz  
Kai Abruszat

und Fraktion